

PRESSEERKLÄRUNG

Nr.: 466
Thema: Spielhallen/Vergnügungssteuer

Redaktion: Gina Schmelter
Datum: 12. November 2010

BUNG: ROT-ROT SIGNALISIERT BEIM THEMA SPIELHALLEN ENTGEGENKOMMEN

Erhöhung der Vergnügungssteuer wird zurückgestellt

Die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, **Stefanie BUNG**, erklärt:

"Der vom Senat beschlossene Gesetzentwurf zur Erhöhung der Vergnügungssteuer, der in die gestrigen Plenarsitzung per Dringlichkeit eingebracht werden sollte, wurde zurückgezogen und soll erst nach der Beratung unseres Antrags im Wirtschaftsausschuss auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dies ist ein Signal in die richtige Richtung, und wir hoffen, dass die rot-rote Koalition den nun eingeschlagenen konstruktiven Weg beibehält.

Der Antrag der CDU-Fraktion über ein Gesetz über die Erlaubnis und den Betrieb von Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin), der eine drastische Beschränkung der Spielhallen vorsieht, wird am 22. November 2010 im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Frauen beraten. Der Ausschuss wird dazu eine Anhörung durchführen.

Aus Sicht der CDU muss zunächst über die Beschränkung der Spielhallen entschieden werden, da die Rechtmäßigkeit einer Vergnügungssteuererhöhung erst dann entschieden werden kann, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen festgelegt sind. Andernfalls kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Steuer als zusätzliches Element zur Beschränkung der Spielhallen für diesen Gewerbebezweig erdrosselnd wirkt und deshalb verfassungswidrig wäre."